

02.12.2011

## Kleine Anfrage 1315

der Abgeordneten Carina Gödecke SPD

### Neue Zelle rechter Gewalt in Bochum Langendreer?

Seit dem Frühjahr 2011 kommt es im Bochumer Stadtteil Langendreer vermehrt zu Aktivitäten rechtsextremistischer Personen und Gruppierungen. Insbesondere an Wochenenden versammeln sich Rechtsextreme und belästigen Anwohnerinnen und Anwohner, bekennende Antifaschisten und Migrantinnen und Migranten. Neben Schmierereien (verbotene nationalsozialistische Symbole) und Sachbeschädigungen ist es laut Polizei- und Presseberichten auch zu Aufmärschen und gewalttätigen Angriffen auf Bochumer Bürgerinnen und Bürger gekommen, die zu zum Teil schweren Körperverletzungen geführt haben.

Die couragierte Bevölkerung zeigte mehrfach Flagge gegen rechten Hass und rechte Gewalt in ihrem Stadtteil. Engagierte Bürgerinnen und Bürger schlossen sich zu einem Bündnis zusammen und organisierten unter Einbeziehung von Vereinen, Kirchen und Parteien auf breiter gesellschaftlicher Basis eine Demonstration mit 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Trotzdem gibt es immer wieder Meldungen über weitere Übergriffe mit rechtsextremem Hintergrund. Eine Befriedung der Situation konnte bisher nicht herbeigeführt werden.

Zuletzt berichtete die WAZ am 16.11.2011 im Lokalteil Bochum über einen Vorfall am 14. November 2011. Drei Mädchen wurden von einem stadt- und polizeibekanntem Rechtsextremisten verfolgt und übel beschimpft. Die drei Mädchen flüchteten in eine Apotheke und riefen ihre Familien und die Polizei zu Hilfe. Die Polizei war schnell mit einem Großaufgebot zur Stelle. Sie stellte in der Folge laut Presseberichterstattung einen Nachbarschaftsstreit fest.

Einige Wochen zuvor, am 25.10.2011, ereignete sich ein Brandanschlag auf eine Pizzeria im Stadtteil. Fünf Mitglieder der rechtsextremen Szene wurden noch in der Nacht festgenommen, am Morgen jedoch wieder entlassen. Auch hier geht die Polizei laut Presse von einem Nachbarschaftsstreit aus.

Datum des Originals: 01.12.2011/Ausgegeben: 02.12.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter <a href="http://www.landtag.nrw.de">www.landtag.nrw.de</a>
--

In Bochum Langendreer macht sich bei vielen Menschen Verunsicherung und Angst breit. Engagierte Bürgerinnen und Bürger werden bedroht und sollen ebenso wie Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund eingeschüchtert werden. Rechte Gewalt, Einschüchterungen und Propaganda müssen ein Ende haben. Langendreer möchte keine neue Zelle rechter Gewalt werden.

Gleichzeitig gibt es in der Bevölkerung die Sorge, dass die rechte und rechtsextremistische Gewalt in Bochum Langendreer durch Polizei, Staatsschutz, Politik und Medien verharmlost und kleingeredet wird. Dadurch verlieren engagierte Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in die staatlichen Einrichtungen und fühlen sowohl die Bedrohung durch die rechten Aktivitäten und Übergriffe als auch sich selbst nicht ernst genommen.

Auch aus diesem Grund müssen Fehler, die in den vergangenen Jahren in der gesamten Bundesrepublik gemacht wurden, vermieden werden und dürfen sich in Bochum nicht wiederholen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche politisch motivierten Straftaten wurden im Jahr 2011 in Bochum registriert?
2. Inwieweit sind die Vorgänge in Bochum Langendreer der Landesregierung bekannt?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die rechtsextreme Szene in Bochum Langendreer und ihre Verbindungen zu anderen neonazistischen Gruppierungen, insbesondere in Essen und Dortmund?
4. Überprüft die Landesregierung insbesondere auch vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse über Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik die polizeiliche Einordnung der oben genannten Vorfälle als Nachbarschaftsstreitigkeiten?
5. Wie wird die Landesregierung die engagierte Bevölkerung, Vereine und Verbände, Kirchen und Politik unterstützen, sich gegen die rechte Gewalt zu wehren und zu schützen?

Carina Gödecke